

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,00. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4099 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Beitzelle ober deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden!

N. 214.

Wittwoch, den 13. September 1899.

6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Massenansperrung in Dänemark.

Kopenhagen, den 9. Septbr. 1899.

Die Ansperrung ist beendet. Heute wird die Arbeit überall wieder aufgenommen. Dieser kolossale gesellschaftliche Krieg hat also vom 24. Mai bis 9. September, über beinahe 16 Wochen, gedauert. Das Vorkampfgesicht hierzu — die Ansperrung der Tischler — fing schon am 2. Mai an, während der jütländische Tischlerstreik, welcher wiederum ein Vorläufer für diese war, bereits am 1. April begann.

Vom 2. bis 24. Mai umschloß die Ansperrung circa 3500 Mann; vom 24. Mai ab ca. 30 000 Mann, und später wurde sie wiederholt bedeutend ausgedehnt.

Die Absicht der Kapitalisten mit diesem fürchterlichen Kriege war die, die Organisation der Arbeiter, „die zentralisirten Gewerkschaftsverbände“, welche ca. 80 000 Mitglieder zählt, zu vernichten, sowie die Bestrebungen der Arbeiter um Verbesserung ihrer Lage auf Jahre hinaus zu lähmen. Gleichzeitig damit wollte man der demokratischen Entwicklung des Landes einen Schlag zufügen. Das Organ der herrschenden konservativen Partei, „Hörebladet“, schrieb am 21. Juni ganz unverhüllt, der Zweck der Ansperrung wäre der, den Arbeitern eine totale, vernichtende Niederlage zu bereiten.

Um einen Vorwand zur Einleitung dieses großen Kampfes zu haben, stellten die organisirten Unternehmer eine Reihe von Forderungen (die berühmten 8 Punkte) auf, von welchen sie wußten, daß diese, in der vorliegenden Abfassung, für die Arbeiter ganz unannehmbar waren. Dieses bewiesen wir den Unternehmern in einem Schreiben vom 18. Mai, während wir ihnen doch eine Verhandlung anboten. Diese wurde einfach abgeschlagen, und am 19. Mai dekretirte man die große Ansperrung.

Hierauf brachten die Arbeiter die Sache sofort vor das bestehende (privat und freiwillig errichtete) Schiedsgericht, welches nach langwierigen Verhandlungen am 24. Juni das Urtheil fällte, daß die Ansperrung den Arbeitern wohl kein Recht auf Schadenersatz gäbe, aber daß sie doch „mit den Voraussetzungen, von welchen auszugehen die Arbeiter bei Abschluß der Verträge mit den Arbeitgeber-Organisationen berechtigt waren, in Widerstreit stände.“

Also war die Ansperrung ein unabweisbarer Rechtsbruch!

Auf dieses Urtheil nahmen die Unternehmer gar keine Rücksicht, sondern setzten die Ansperrung fort und dehnten sie noch weiter aus.

Das Schiedsgericht erbot sich man als Einigungs-Kammer aufzutreten zu wollen. Diese wurde jedoch am

15. Juli gesprengt, indem die Arbeitgeber störrisch an ihren acht Punkten festhielten. Ihr Vorkämpfer, ein Maschinenfabrikant, nannte diese „die Fahne, unter welcher sie siegen wollten.“ Ihre sämtlichen Pressorgane schrieben, daß ein jedes „gegenseitiges Entgegenkommen“, ein jedes Kompromiß, eine Niederlage für die Arbeitgeber bedeuten würde.

Am 19. Juli beschloß der Unternehmerverein eine weitere Ausdehnung der Ansperrung. Aber eben als dieser neue Schlag gegen die Arbeiter ausgeführt werden sollte, schritten gewisse Banken, mit dem Direktor der Privatbank, Heide, als Vertreter ein. Diesem, in Verbindung mit zwei Vertretern der demokratischen Partei, den Herren Trier (Vorsitzender der Kopenhagener Stadtverordnetenversammlung) und Bing (Mitglied der Kommunalvertretung der Kopenhagener Vorstadt Frederiksberg), gelang es nach langen Verhandlungen, den etwas friedlicher gesinnten Theil des Arbeitgebervereins zur Annahme eines Einigungsvorschlages zu bestimmen; in diesem war durchaus Rücksicht auf die Kritik der „acht Punkte“ genommen, welche die Gewerkschaften bereits in ihrem Schreiben vom 18. Mai aufgestellt hatten.

Am 5. August nahm der Arbeitgeberverein nach einem schweren inneren Kampfe diesen Einigungsvorschlag an. Aber an demselben Abende kamen vielen Arbeitern — wahrscheinlich durch Indiskretion von Seiten der kriegerischen Arbeitgeber — Papiere in die Hände, welche bewiesen, daß die Arbeitgeber eine „Werkstattordnung“ ausgearbeitet und „Schwarze Kammern“ (Bohloft-Bureaus) in Aussicht genommen hatten, obgleich beide Theile in Widerspruch mit dem Wortlaut und dem Geist der Einigungsvorlage standen.

Die zu den „Zentralisirten Gewerkschaftsverbänden“ gehörenden Hauptvorstände nahmen den Einigungsvorschlag in der Nacht vom 7. auf den 8. August an, jedoch mit dem Vorbehalt, daß im Widerstreit mit der Einigung keine „Werkstattordnung“ eingeführt oder keine „Schwarzen Kammern“ errichtet werden dürften.

Am 9. August verlangte der Arbeitgeberverein diesen Vorbehalt zurückgenommen. Der Krieg wurde deshalb fortgesetzt und vom 21. bis zum 26. August wurden dann wiederum ca. 10 000 Arbeiter, davon eine Masse weibliche Arbeiter, auf die Straße geworfen. Nun warf der Arbeitgeberverein auch seine Maske, indem er den bestreueten männlichen und weiblichen Arbeitern die Wahl gab, entweder sich aus ihren Organisationen abzumelden oder arbeitslos zu werden. Die Arbeiter wählten das letztere und bewiesen damit, daß sie ihr Organisationsrecht über Alles setzten.

Aber auch diese Ausdehnung der Ansperrung war nicht im Stande, die Widerstandskraft und das einige Zusammenstehen der Arbeiter zu brechen.

Die ökonomische Folge der Ansperrung für die ganze

Gesellschaft trat nun stark hervor, u. a. dadurch, daß es einzelnen Banken schwer wurde, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Die Leute aus dem Arbeiter- und Mittelstand hoben bedeutende Summen aus den Sparkassen und es drohte mit einer allgemeinen Panik, welche einen ökonomischen Krach herbeiführen konnte. Dieses bewirkte, daß neue Friedensunterhandlungen eingeleitet wurden. Die vorher genannten Einigungshändler arbeiteten einen Anhang zu der angenommenen Einigungsvorlage aus, wodurch man dem Vorbehalt sowie mehreren anderen Wünschen der Gewerkschaften entgegenkam.

Dieser Anhang zur Einigung wurde am 4. September von den Hauptorganisationen sowohl der Arbeiter als der Arbeitgeber angenommen, ebenso wie in den darauf folgenden Tagen ein Theil Abstimmungen in den einzelnen Organisationen sich dafür erklärte.

Von heute an ist die Ansperrung also beendet.

Das Resultat für die Unternehmer ist gleich Null. Nicht ihre „acht Punkte“ haben gesiegt, sondern die Kritik der Arbeiter gegen diese hat den Sieg davongetragen. Die Forderung, daß die Gewerkschaften die Alleinherrschaft der Unternehmer bei der Leitung der Arbeit anerkennen und „garantieren“ sollten, ist zurückgeschlagen worden. Der Vergleich behauptet das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Festsetzung des Arbeitsverhältnisses und erkennt die Gewerkschaften an als die natürlichen Vertheidiger der Rechte der Arbeiter.

Die Unternehmer verlangten in ihren „acht Punkten“, daß die Preistarife sämtlicher Branchen gleichzeitig, nämlich am 1. Januar, der für die Arbeiter ungünstigsten Jahreszeit, ablaufen sollten. Dadurch wollten sie alle lokalen und partiellen Lohnbewegungen verhindern und durch die Drohung einer allgemeinen Ansperrung mitten im Winter eine jede Forderung von Seiten der Arbeiter unmöglich machen.

Diese Forderung haben die Unternehmer aufgeben müssen.

Sie verlangten weiter, daß die Gewerkschaften den Werkführern und Vorleuten die Aufnahme als Mitglieder verweigern sollten. Diese Forderung ist ebenfalls aufgegeben worden. Für alle gewöhnlichen Arbeiter ist es als eine natürliche Pflicht festgesetzt worden, in ihren Gewerkschaften zu stehen, indem diese als das einzigste Organ anerkannt worden sind, durch welche die Arbeitgeber mit den Arbeitern verhandeln sollen.

Das Recht zum Streiken ist offiziell anerkannt worden und dadurch ist hoffentlich dem Zuchtverlust, welcher in unsern Nachbarländern in der letzteren Zeit begonnen hat, in Dänemark ein Riegel vorgeschoben worden.

Es soll ein aus ebenso viel Arbeitern wie Arbeitgebern bestehendes Schiedsgericht, gewählt von den Organi-

Zwanglose Wochenplauderei.

Hört, Ihr Herrn, und laßt Euch sagen, Unsere Kloa hat Eß geschlagen! Geht nach Haus und lasset nicht, Nahe ist die erste Bürgerpflicht.

Jenseits des Landgrabens lag Alles in tiefem Schlummer. Kein Hund bellte, kein Hahn krächte, auch der letzte Lichtschein war erloschen. Benug, in guter Ruh lag Stockelsdorf und Umgegend. Da auf einmal durchtönte schrilles Glockengeläute die Stille. Erschreckt fuhren die Schläfer auf, die freiwilligen Feuerwehrleute dachten schon an Brand und Löschen, und ganz Aengstliche sollen sogar geglaubt haben, die kriegerischen Nachbarn von Mori drohten mit einem nächtlichen Einfall in das Königreich Fackenburg. Doch ganz anders lagen die Dinge. Es war die Betglocke, deren Läuten man vernahm. Und das kam so: Weit nach Mitternacht hörte die Frau Pastorin Männer Schritte in ihrem Garten, bald darauf flog ein Sandregen gegen ihre Fenster, und leise und sehnsüchtig wurden zwei Mädchen namen gerufen. Es waren seltsamer Weise die der beiden Küchenfeen des Hauses. Als gestrenge Herrin sah die Frau Pastorin im Mädchenzimmer nach; doch nichts Verdächtiges war zu sehen; die Bewohnerinnen lagen im tiefen Schlummer. Nun trat denn die Betglocke in Funktion. Hilfe kam herbei, doch als die müthigen Männer den Thatbestand erfuhren, wichen sie tapfer zurück. Wer weiß — der Gottseibeius hätte ja im Pfarrgarten stecken können, und wenn man da kein

reines Gewissen hat . . . Erst als der Kirchendiener kam, verschwand der nächtliche Spuk. Nun steckt schon der Geizdarm dazwischen . . . Die Dienstmädchen sollen jedoch die vielleicht für manchen Junggesellen erfreuliche Erklärung abgegeben haben, daß sie noch keinen Schah hätten . . . Uebrigens lagen am fraglichen Tage in Stockelsdorf Husaren in Quartier. Ich bitte jedoch, aus diesem Umstande keine falschen Schlüsse zu ziehen. Aber da sage noch Einer, Stockelsdorf sei eine stille Stadt!

Ihr lieben Leser, schweigt dazu Und werdet nur nicht kritisch; Was dort im Dorfe ist passiert, War nichts als „Ländlich-sittlich.“

Dagegen möchte ich Verwahrung einlegen dagegen, daß die Bewirthung, welche man in Lübeck dem Vaterlandsvortheidigern hat angebeihen lassen, ländlich-sittlich gewesen sei. Es ist ja nichts Neues, daß bei den hochpatriotischen Großgrundbesitzern Ostbiens den Kommisjungen Bellartoffeln vorgezogen werden, zu denen sie sich den gefalzenen Schneidertarpfen eigenhändig aus der Tonne fischen dürfen, aber in der reichen Republik am Travestrand kannte man bisher derartige Gepflogenheiten nicht. Nun haben wir hier auch die Volksküchenbewirthung und andere hübsche Dinge. Das hat man früher in den Bürgerquartieren nicht gekannt. Jedermann war froh, dem jungen Menschen, der ihm zugetheilt wurde, das Wanderverleben so angenehm zu machen, wie möglich. Ist doch fast in jeder Familie jetzt ein Sohn oder Bruder vorhanden, der gleichfalls im bunten Rocke

schwigen muß, und so thut man Gutes an dem Fremden, weil man dem Angehörigen es nicht zukommen lassen kann. Nun weiß man heute aber, daß in Lübeck jedes zweite Bürgerquartier roth gefärbt ist, und um die unvermeidliche „Ansteckung“ zu verhindern, läßt man die Jüglinge des Militarismus kasernenmäßig durch Leute bewirthen, deren gute Gesinnung eben so offen zu Tage tritt, wie ihr Firmenschild. Fertig ist der Kuchen. Es hat sicher zur Vernichtung der Unzufriedenheit unter den Soldaten beigetragen, daß man heuer ein so überaus sinnreiches Verfahren einschlug.

Ebenso wird es auch zur Beruhigung der Radfahrer beitragen, daß jetzt auch die Sonntags- und andere Reiter zu eigenen Wegen verurtheilt werden sollen. Vielleicht gereicht es ihnen zum Troste, daß auch andere Leute auf das Versprochene warten dürfen. Freilich, die Radler stehen sich schlechter, als die preussischen Landräthe. Diese bekommen Wartegelb, während die Radler es zahlen müssen. Und unter diesen Umständen werden sie auch wohl dem alten Grundsatz zustimmen, daß es ein ganz erbärmlicher Trost ist, Leidensgefährten zu haben. Hoffentlich werden die Reitwege recht weich gepolstert, damit sich Niemand allzu große Weulen fällt. Denn es giebt Reiter in Lübeck, — na! Ich bete immer, wenn ich einen Gewissen hoch zu Ross sehe:

Stopp, stopp, stopp, stopp, Reiter! Reite ja nicht weiter! Pferdchen, laufe ja nicht Trab, Sonst fällt der Herr . . . ab!

A. K.

fationen und mit einem gemeinschaftlich erwählten Vor-
sitzenden, errichtet werden. Die dänische Regierung und
die leitenden Politiker im Reichstag haben versprochen,
diesem Schiedsgerichte gesetzliche Anerkennung zu verschaffen.

Der angenommene Vergleich ordnet ein Hand in
Hand-Gehen an bei der Festsetzung einer Reihe ge-
werkschaftlicher Verhältnisse, namentlich bei der Aus-
arbeitung von Werkstatt-Ordnungen und ähnlichen
Bestimmungen.

Die Quintessenz des abgeschlossenen Vergleichs
wird in seinem letzten Punkte ausgedrückt, welcher be-
stimmt, daß alle bestehenden Verträge unverändert
aufrechterhalten werden sollen. Und gerade am
diese Verträge verändern zu können, war es, daß die
Unternehmer den Krieg führten.

Der industrielle Parlamentarismus geht also
siegreich aus dem Kampfe hervor, welchen die Unter-
nehmer eröffneten, um den industriellen Absolutismus
einzuführen zu können.

Der Unternehmerverein hat ferner alle die „11 neuen
Punkte“ aufgeben müssen, welche mitten im Kampfe auf-
gestellt wurden, und welche u. a. darauf ausgingen, daß
die Gewerkschaften ihre ganze demokratische Organisation
verändern und daß sie nur als Handlanger der
Kapitalisten zur Unterdrückung der Arbeiter fungieren
sollten! Hierher gehörte ebenfalls die Forderung, daß
nur diejenigen Männer, welche das 30. Lebensjahr
überschritten, das Stimmrecht in ihren Gewerkschaften
ausüben dürften.

Der jetzt beendigte Kampf war ein Klassenkampf,
von den organisierten Kapitalisten mit den schärfsten Waffen
geführt. Sie haben nicht nur ihre eigenen Arbeiter brot-
los gemacht, sondern sie haben auch durch die Drohung
mit dem Boykott die Lieferanten und die außerhalb der
Bewegung stehenden Meister gezwungen, ihnen zu folgen,
ebenso wie sie versucht haben, die freisinnige Presse zu
maßregeln, ja sie haben sogar den Geistlichen und
anderen, welche ihre Sympathie mit den Arbeitern aus-
drückten, gedroht. Es ist ferner bekannt, daß sie die
dänischen Arbeiter nach dem Ausland hin verfolgten, so-
weit die Macht der dänischen Kapitalisten und ihrer aus-
ländischen Freunde reichte.

Deshalb hat der Kampf die Wirkung gehabt, daß
das Klassenbewußtsein der dänischen Arbeiter erhöht wor-
den ist und dieses wird in der kommenden Zeit ein großes
Wachstum der sozialdemokratischen
Bewegung unseres Landes bewirken.

Die ausgesperrten Arbeiter haben während dieses
langwierigen und schweren Kampfes eine musterhafte Hal-
tung eingenommen und gehen wir also auch in morali-
scher Beziehung gekräftigt aus diesem Kampfe hervor.

Daß es uns möglich geworden ist, diesen Kampf mit
einem auf allen Punkten guten Resultat zu beendigen,
schulden wir unserer guten Organisation und unseren in
Arbeit stehenden Genossen, welche eine Opferfreudigkeit
ohne gleichen an den Tag gesetzt haben, in Verbindung
mit der bedeutenden moralischen und pekuniären Hilfe,
welche wir von den Kameraden in den
andern Ländern empfangen haben.

Wir haben finanzielle Hilfe erhalten aus Deutsch-
land, Norwegen, Schweden, Frankreich, England,
Holland, Belgien, aus der Schweiz, aus Oesterreich, Ru-
manien, Spanien, Italien, Rußland, Finland, Grönland,
Amerika und Afrika, und wir bringen hierdurch unsern
herzlichsten Dank allen unsern Kameraden in diesen Län-
dern, weil sie unserer Bitte um Hilfe nachkamen und da-
durch die Verbrüderung, welche zwischen den Arbeitern
aller Länder herrscht, konsolidierten, und welche Verbrüde-
rung einmal in der Zukunft die Aufhebung der bestehen-
den kapitalistischen Klassenherrschaft herbeiführen wird.

Wir bitten unsere Brüder versichert zu sein, daß wir
es als eine liebe Pflicht betrachten werden, in der Zukunft
mit allen Kräften ihnen das wiederzuergeben, was sie
für uns gethan haben in diesem für unsere Organisation
wie für die gesamte Arbeiterbewegung der ganzen Welt
so bedeutungsvollen Kampfe.

Hoch die internationale Solidarität der Arbeiter!
Hoch die Organisation der Arbeiter!

Für die Zentralisierten Gewerkschaftsverbände
in Dänemark
S. Jensen, Vorsitzender.

P. S. Da es noch geraume Zeit dauern wird, ehe
sämtliche Ausgesperrten wieder in Arbeit kommen
können, würden wir für eine noch kurze Zeit fortgesetzte
Unterstützung sehr dankbar sein.

Politische Nachrichten.

Deutschland.

Wesen und Ziel der Zuchthausvorlage. In einer
Polémique gegen die „Deutsch-Sozialen Blätter“ Liebermann
von Sonnenbergs gesteht die „Kreuz-Zeitung“ plötzlich,
daß die Zuchthausvorlage ein Ausnahmengesetz sei,
um der Sozialdemokratie an den Leib zu gehen. Es sei
eine bloß formale Unterscheidung, daß das Gesetz gegen
die terroristischen Einschüchterungsmittel der Arbeiter
gerichtet sei, nicht gegen die Sozialdemokratie
als solche:

„In Wirklichkeit ist die Vorlage allerdings gegen die sozial-
demokratische Organisation gerichtet, die in der Begünstigung der
Anstalten aller Art eines ihrer wirksamsten Bethätigungsmittel
findet. Richtig verstanden würde sie den Ausgangspunkt einer
Reihe unmittelbarer Maßnahmen bilden, die sämtlich die
Aufgabe hätten, der Umkleepartei durch Isolierung des Bodens
abzubrechen, auf dem sie gegenwärtig noch mitten in der
bürgerlichen Gesellschaft anangesprochen steht, obwohl sie diese
Gesellschaft ungekauertemmaßen als Todfeindin betrachtet und
behandelt.“

Die Zuchthausvorlage ist also nur ein Anfang und

der angebliche Terrorismus der Arbeiter nur ein lächerlicher
Vorwand. Wozu die Vorlage der Anfang ist, läßt sich
denken. Aufhebung des Reichstagswahlrechts, der Press-
freiheit, des Versammlungs- und Vereinsrechts, Ausnahme-
bestimmungen aller Art, kurz die Diktatur der brutalen
Unterdrückung — das kommt nach der Zuchthausvorlage.
Ein werthvolles Geständniß!

Vom dem Streikabwehrfonds der Zünftebäckermeister.
Der Zentralverband deutscher Bäckerinnungen, „Germania“
hatte bekanntlich auf dem in Magdeburg vom 13.—16.
August tagenden Verbandstage die Bildung eines großen
Streikabwehrfonds beschlossen und aus der
Kasse 30 000 Mark bewilligt, auch war beschlossen
worden, pro Mitglied und Jahr 50 Pfennig zu diesem
Fonds zu erheben. Gegen diese Beschlüsse macht sich
nun, wie die „Volkstztg.“ hört, in Meisterkreisen eine
große Opposition bemerkbar. Die kleineren Zünfte
wollen von dem Streikabwehrfonds absolut nichts wissen,
von dem sie meinen, daß er nur den Bäckermeistern in
den Großstädten zu Gute käme. Die Stadtbäcker hätten
ja die Vortheile vor den Landbäckern, daher sollen sie
auch die Nachteile, die ihnen durch einen Gefellenstreik
brohen, in Kauf nehmen. Verschiedene Bäckermeister
weigern sich auf's Bestimmteste, zu dem Streikabwehrfonds
beizusteuern. Man ist gespannt, wie der Konflikt enden
wird, denn zahlen die Opponenten die festgesetzten Beiträge
nicht, so müssen sie konsequenter Weise aus dem Verband
ausgeschlossen werden, wogegen aber wieder die Zünfte
protestieren würden.

Sehen Sie, das ist ein Geschäft, das bringt noch
was ein. Unter dieser Spitzmarke wird der „Saale-
Zeitung“ in Halle aus Stummsdorf geschrieben:

Kürzlich lagen hier und in Jörbig bekanntlich die ersten
Garde-Dräger auf ihrem Lebensritt zu den Ma-
schern des 11. Armeekorps, dem sie für die diesjährigen Herbst-
übungen zugetheilt sind, auf einem Tag in Quartier. Der für
die Pferde nöthige Hafer wurde von einem Händler bezogen.
Als am Tage des Abrückens aus den Quartieren der Ponier-
unteroffizier dem Lieferanten das Geld für den gelieferten Hafer
brachte, war der Händler fremdig erstant, anstatt des erwarteten
und allgemein angeblich geforderten Preises von 15 Mark,
höchstens 15,50 Mark pro hundert Rilo 16,48 Mark für dieselbe
Quantität zu erhalten — und zwar dank den „brillanten“
Notirungen der Centralstelle der Landwirtschaftskammer, nach
der man sich von seiten des Militärs beim Einkauf zu richten
hatte.

Die „Saale-Zeitung“ sagt hierzu: Wir können uns
wohl vorstellen, daß der betreffende Händler bei dieser
angenehmen Ueberraschung in die Worte der Spitzmarke
ausgebrochen ist, aber die Angelegenheit hat doch auch
eine sehr ernste Seite. Ist sie doch ein neuer und schla-
gender Beweis dafür, in welcher unglücklich unzuverlässiger
Weise die momentan als „amtliche“ Preise veröffentlichten
Notirungen der Centralstelle der Landwirtschaftskammern
festgesetzt werden. Nach von uns eingezogenen Erkundigun-
gen ist thatsächlich hier Augenblicklich bester Hafer zu
15 Mark, höchstens 15,50 Mark pro hundert Rilo gehan-
delt worden und jeder Bauer sowohl als jeder Händler
ist mit diesem Preis völlig zufrieden gewesen. Der
Staat aber muß dank der Centralstelle seine Einkäufe be-
deutend theurer bezahlen — auf Kosten der
Steuereinzahler.

Die sächsischen Landtagswahlen sind ausgeschrieben.
Die Wahlmänner werden am 27., 28. und 29. Septem-
ber gewählt und die Abgeordneten am 10. Oktober. Ge-
wählt wird in 29 Wahlkreisen. Sozialdemokratische Kan-
didaten sind in sieben Wahlkreisen aufgestellt. — Die
sächsischen Parteigenossen — mit Ausnahme der Leip-
ziger — werden diese Wahlen benutzen, um die Arbeiter
und kleinen Leute über die Brutalität der herrschenden
Wahlentrechtungsclique gehörig aufzuklären und alles
daran setzen, um allmählich alle durch die Klassenwahl
Entrechteten unter der sozialdemokratischen Fahne zu
sammeln.

Agrarische Handelsgeschäfte. Die Rosenberger
Schlachterei vereinigt Landwirthe, die dort zur Vertretung der Interessen der westpreussischen
Biehzüchter begründet worden ist, scheint es geschäftlich
für vortheilhafter zu halten, fertige Wurst aus
dem Auslande zu beziehen. Wie der „Allge-
meinen Fleischer-Zeitung“ aus Dänemark geschrieben wird,
hat die Rosenberger Genossenschaft dort Posten von
Salamiwurst bezogen und dem betreffenden Fabrikanten
dauernde Pundtschaft zugesagt, wenn er den Preis darauf-
hin ermäßigen wolle. So betreibt diese agrarische Ge-
nossenschaft die heimische Viehverwerthung. Wir zweifeln
garnicht daran, daß die Genossenschaft mit der aus-
ländischen Wurst ein besseres Geschäft machen wird als
mit ihrem eigenen Fabrikat, und daß sie auch die Kon-
sumenten damit bestens befriedigen wird. Aber es ist
doch ein schreiender Widerspruch, daß die Leute, die Ein-
fuhrverbote gegen ausländische Fleischwaaren fordern, nun
selbst solche importieren!

Die Einführung der Goldwährung in Indien be-
reitet den Bimetallisten eine neue große Enttäuschung.
England hat in Indien 1893 die Münzstätten für die
freie Silberprägung geschlossen. Darauf haben 1897 die
Bereinigten Staaten sich mit Frankreich zur Einführung
der Doppelwährung geeinigt unter der Voraussetzung,
daß England die indischen Münzstätten zur freien Silber-
prägung wieder öffnen werde. Die englische Regierung
aber hat dies in Uebereinstimmung mit der indischen Re-
gierung auf das Bestimmteste abgelehnt und sogar erklärt,
daß sie es für angemessen erachtet, den Uebergang Indiens
zur Goldwährung einzuleiten. Nunmehr hat am Freitag
das finanztechnische Mitglied des viktorianischen Rathes
Dawkins bei der Vorlegung einer Bill über den Geld-
umlauf im gesetzgebenden Rath von Indien mitgetheilt,
der indischen Regierung sei mitgetheilt worden, daß die
aus England erwartete Münzproklamation aus legalen

und technischen Gründen verzögert werde. Es sei daß
ohne Weiteres beschlossen worden, Gold zum gesetz-
lichen Zahlungsmittel zu machen, mit
Festsetzung, daß eine Rupie gleich 16 Pence ist.

„Reinliche Scheidung“ zwischen Industrie
und Agrarierthum fordert die „Nationalztg.“
einem „aus industriellen Kreisen“ ihr zugegangenen
Titel. Die Agrarier „weichen keinen Schritt zurück“
kommen ihren Segnern keinen Schritt entgegen; ihre
Interessen zu Liebe opfern sie fast blut-
tig das Gemeinwohl; nur eine Schranke giebt
es für die Verfolgung ihrer Sondervortheile: die
Grenzen ihrer Macht.“ In dieser Erkenntnis
sei es erforderlich, bei voller Anerkennung der Wichtigkeit
der Landwirtschaft „dem Agrarierthum rüch-
haltlos entgegen zu treten. Man muß ei-
sehen, daß es Hand in Hand mit ihm nicht möglich ist
eine gedeihliche Entwicklung des deutschen Wirtschafts-
lebens zu sichern, daß wir auf einem Punkte angelan-
gt sind, wo die Industrie und das Agrarierthum prinzipiell
verschiedene Wege wandeln müssen.“ Das sei bisher
nicht bestimmt genug zum Ausdruck gekommen. „Wohin“
ist die Erbitterung in industriellen und Handelskreisen
groß, größer, als die „um Ranig“ glauben mögen. Man
braucht nur hinzuzukommen in die wichtigsten Gebiete
unserer Großindustrie in Hannover, Rheinland, West-
falen, und man wird böse, bitterböse Worte vernehmen
wohin man hört, im Eisenbahngang, im Hotel, beim gleich-
gültigsten Gespräch — es liegt sozusagen in der Luft —
macht sich die Entrüstung geltend gegen die Herrschaft
welche die einseitigste Interessen-Roterie sich anmaßen will.
Aber es blieb bisher bei Worten.“ Der Artikel wendet
sich zum Schluß gegen die Sammlungsparole.

Die Sammlungsparole habe sich am Schicksal der Rana-
vorlage als die Falle für die Industrie erwiesen, wo-
für alle kühnen Beurtheiler sie von Anfang an gehalten
haben. — Werden die nationalliberalen Schafe endlich
wie thöricht sie gewesen sind, die agrarischen Wölfe immer
zu unterstücken?

Protestversammlungen gegen die Zuchthausvorlage
haben nach Feststellung der Generalkommission 529
stattgefunden. Sie bemerkt aber dazu, daß darin noch
lange nicht alle wirklich stattgefundenen Protestversammlun-
gen einbezogen sind. Wichtig ist die Thatsache, daß
auch nicht eine einzige Versammlung von Arbeitern für
die Zuchthausvorlage stattgefunden hat, während doch
angeblich nur zu ihrem Schutze die Zuchthausvorlage
gemacht wurde. Es verlangt also kein Arbeiter nach
einem solchen Schutze, womit auch das große Geschrei
der Herren, nicht etwa von Arbeitern, über den angeb-
lichen Terrorismus der Gewerkschaftsmitglieder wider-
legt ist.

Kleine politische Nachrichten. Die Ernennung des bis-
herigen Ministers des Innern, Frhrn. von der Hede zum
Oberpräsidenten von Westfalen ist nunmehr erfolgt.
Der Oberpräsident der Provinz Posen, Frhr. v. Milaschewitz
in Posen, der durch die gegen die „Posener Ztg.“ ange-
strengte Verleumdungsklage von sich reden gemacht hat, wie die
„Nat. Ztg.“ hört, seine Entlassung nachgehakt. — Mit einer
Reform im Postwesen, die am 1. Januar 1900 in Kraft
treten soll, wird sich, der „Kreuzztg.“ zufolge, demnächst das Bundes-
rath beschäftigen; näheres darüber sei bisher nicht bekannt geworden.
— Die Newyorker „World“ meldet, der amerikanische
Konsul und Bizekonsul in Bremen seien ihres Amtes
entsetzt worden. Der Grund wird nicht angegeben. — In
Spanien erwachen der Regierung plötzlich Schwierigkeiten durch
eine Kundgebung der katalonischen Autonomisten
nach einer Meeting aus Barcelona vom Sonntag verbreitete der
Klub der Autonomisten in Katalonien eine Proklamation, in welcher
die Selbstständigkeit der Provinzen gefordert wird, die das einzige
Mittel sei, durch das Spanien gerettet werden könne.
Die Proklamation wird in erregter Weise besprochen.
— In Tripolis ist die Nachricht eingetroffen, die französische
Mission Foureaux-Lamy sei in der Dase Air durch eine
große Zahl Araber angegriffen und vollständig vernichtet
worden. Die Araber hätten schwere Verluste gehabt. — Die
Transvaaltriffler dürfte sich nunmehr doch noch gerann-
zeit hinschleppen, da, wie der „Voss. Ztg.“ aus London gemeldet
wird, England der Regierung von Transvaal ein
zehntägige Frist für die Beantwortung der letzten Forderung
des englischen Ministeriums gestellt hat. Zugleich meldet „Reuters
Bureau“ aus Pretoria vom Sonnabend: Der Generalprokurator
Smuts erklärte in einer Unterhaltung mit einem Berichterstatter
da die Transvaal-Republik das Anerbieten des Wahlrechts nach
fünfjährigem Aufenthalt zurückgezogen habe, solle auch die damit
verbundene Bestimmung fort, daß die Souveränität abgeschafft
werden soll.

Frankreich.

Die Revision ist eingelegt worden; Dreyfus hat
Sonntag Vormittag das Gesuch unterzeichnet. Der
weitere Gang der Angelegenheit dürfte, wie in Rennes
angenommen wird, folgender sein: Nach Einreichung des
Revisionsgesuches würden die Akten sofort nach Paris,
dem Sitz des Revisionsgerichts, abgehen. Die zuständige
Behörde werde die Akten prüfen und sie einem von ihr
zu wählenden Berichterstatter zustellen, der einen ein-
gehenden Bericht liefern werde. Eine zu diesem Behufe
eingesetzte Kommission werde über die Begründetheit des
im Revisionsgesuch vorgebrachten Punkte entscheiden und
das Revisionsgericht alsdann in letzter Instanz urtheilen.
Wenn dieses das Urtheil des Revisoren Gerichts Kassire,
werde der Angeklagte vor ein neues Kriegs-
gericht gestellt werden, im anderen Falle müßte die
erkannte Strafe volle Wirksamkeit erlangen. Nach anderer
Meinung hat über die Zulassung des Revisionsgesuches
der Kassationshof zu entscheiden, da es sich um eine von
ihm angeordnete Revision handelt. Dreyfus wurde
Sonntag Nachmittag von seiner Frau und seinem Bruder
Mathieu besucht. Diese letzte Unterredung mit seinem
Bruder verlief sehr bewegt, doch zeigte sich Dreyfus
guten Muthes und, wie auch seine Familie, über-
ben in anderer Instanz zu erwartenden Endausgang seines
Prozesses sehr beruhigt. (???)
Wie es heißt, soll der Unglückliche unheilbar

schwindlich sein und höchstens noch zwei Jahre zu leben haben. Zu verwundern ist das nach den Leiden auf der Insel nicht. Möge es ihm, allen Feinden zum Trost, gelingen, während der ihm noch beschiedenen Lebenszeit seinen und seiner Kinder ehrlichen Namen wieder herzustellen!

In der „Aurore“ stellt Prensse einen Formfehler des Kenneser Urtheils fest, welchem der Beurtheilte zu unterwerfen ist. Ferner meldet „Aurore“, die Londoner „Times“ besäße bestimmte Beweise von der Schuld Esterhazy's und der Wittib Henry's, die demnächst veröffentlicht würden.

Die Regierung und das Urtheil. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Paris, in den Kreisen der Dreyfuspartei rechne man mit Sicherheit darauf, daß die Regierung in aller nächster Zeit durch Begnadigung oder durch sonstige gesetzliche Mittel Dreyfus in Freiheit setzen werde. Damit ist aber dem Verurtheilten nicht gebietet. Eine Begnadigung ist keine Rehabilitierung. — Der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau hat Montag Demange empfangen, welcher mit ihm über die aus dem Kenneser Prozeß sich ergebenden Rechtsfragen berathen hat.

Dienstag, also heute, wird ein Ministerrath abgehalten werden. Präsident Loubet wird den Vorsitz führen und erst später nach Rambouillet zurückkehren. Der Ministerrath wird sich, wie verlautet, mit den juristischen Folgen des Spruches des Kenneser Kriegsgerichts, sowie ferner mit der endgiltigen Lösung der Affaire in der Rue de Chabrol beschäftigen. — Es verlautet, die Regierung werde, falls die Verurtheilung Dreyfus' endgiltig bleiben sollte, nicht eine abermalige Degradation zulassen, sondern die einfache Streichung aus der Armeeliste bewirken.

Der „Figaro“ schreibt, die Affaire Dreyfus werde jetzt für einige Tage in einen Zustand des Schlummers eintreten. Inzwischen werde sich eine große republikanische Konzentration vollziehen. Darum sei es ein vergebliches Unternehmen, daß die Feinde der Republik so eilig gegen das Kabinet Sturm laufen. Dem Ministerpräsidenten sind zahlreiche Telegramme zugegangen, welche die Regierung auffordern, in ihrer Politik der Vertheidigung der republikanischen Einrichtungen zu beharren.

Die „Lanterne“ schreibt, über den Fall Dreyfus und über den Fall Mercier werde das bürgerliche Gericht das letzte Wort sprechen.

Clemenceau schreibt in der „Aurore“: Aus Kennes heimkehrende Freunde versichern mir, daß gewisse Generale mehrere Tage vor dem Urtheilspruch erklärten, Dreyfus werde in ein Militärgefängniß auf Corsica gebracht werden. Wie hatten die Generale von dem Urtheil sprechen können, das noch nicht gefällt war? Es fand also ein Handel statt, um den Unschuldigen auf Kosten seiner Ehre am Leben zu lassen.

Differenzen unter den Richtern. Ueber die Namen der beiden Richter, die gegen die Verurtheilung gestimmt, sind die Meinungen schwankend. Sicher ist nach der „Frankf. Ztg.“ nur, daß der eine der Hauptmann Beauvais ist. Man erinnert sich jetzt, daß Beauvais bei Verkündung des Urtheils ein wenig abseits stand, als wollte er sich von den Uebrigen trennen. Auch heißt es, daß er nicht in den kleiner Omnibus gestiegen ist, der täglich die Mitglieder des Kriegsgerichts nach und aus dem Lyceum führte und daß er heimgegangen ist, ohne die anderen zu grüßen. Sicher ist ferner, daß Beauvais nach der Verurtheilung Demange aufgesucht und ihm die Hand gedrückt hat. Aus alledem geht hervor, daß es in Berathungszimmer des Kriegsgerichts stürmisch hergegangen ist. Nach einer anderen Meldung sollen die drei Stimmen, die zur Freisprechung mit dem Benefiz der Minderheit notwendig waren, vorhanden gewesen sein. Der Dritte soll aber überredet worden sein, für Schuldig zu stimmen, wofür man ihm wieder die Konzeption der „mildern Umstände“ machte. Nur durch ein solches Kompromiß läßt sich dieses Urtheil, das mildern Umstände für einen Verrath zubilligt, erklären. Wer die zweite Stimme gegen die Verurtheilung abgegeben, ist wie gesagt, noch ungewiß. Die einen nennen den Major Merle, die anderen den Hauptmann Profilat andere noch den Major Breon, der ein frommer Katholik ist. Es wird erzählt, daß man ihn am Tage vor dem Urtheil in einer Kirche gesehen hat, knieend, in brünstiges Gebet versunken. — Nach dem „Gaulois“ herrsche in der Garnison von Kennes große Erbitterung gegen die beiden Offiziere, die gegen die Verurtheilung stimmten. Man habe ihren Kameraden bedeuten müssen, daß die Abstimmung der Richter unabhängig sei, sonst wären sie offen gehohlet worden. — Montag Nachmittag traten die Mitglieder des Kriegsgerichts zusammen und unterzeichneten das Gesuch, das dahin geht, Dreyfus die Strafe der Degradation zu erlassen. Dieses Gesuch wird zunächst dem General Lucas, dem Kommandanten des 10. Armeekorps übermittelt, der es durch den Kriegsminister Gallifet dem Präsidenten Loubet zustellen wird. Welcher Hohn auf ihr eigenes Urtheil! Wenn Dreyfus wirklich ein Verräther ist, wie er es nach dem Urtheile des Kriegsgerichts sein soll, warum dann dieser auffällige Schritt?

Die störenden Generale. In republikanischen Kreisen ist man überzeugt, daß ein Staatstreich versucht wird an dem Tage, an welchem Hand an Mercier gelegt wird. Die Solidarität der in der Dreyfusangelegenheit kompromittirten Offiziere ist vorhanden und

die Offiziere werden sich gemeinschaftlich mit den Nationalisten an die Spitze eines Putschversuches stellen.

In Paris ist alles ruhig. Es bot am Sonntag dasselbe Bild wie alle Sonntage. Auf den Boulevards bewegten sich zahlreiche Spaziergänger. Gegen vier Uhr Nachmittags setzte Regen ein. Auch in der Rue Chabrol vor der Festung Suerins herrschte Ruhe. Die Polizei hat Anzeigen für vier der dort eingeschlossenen gesandt, die infolge des Gewisses von auf dem Dache gesammeltem Regenwasser an Dysenterie erkrankt sind. In Belfort fanden dagegen Sonnabend Abend während des Papstbesuchs Kundgebungen statt. Es ertönten die Rufe: „Es lebe das Heer!“ „Nieder mit den Juden!“ Später sammelten sich etwa 100 Personen vor dem Hause des Bruders des Hauptmanns Dreyfus, Jacques Dreyfus, an und zertrümmerten durch Steinwürfe den größten Theil der Fensterscheiben und Fensterläden. Die Gendarmerie zerstreute die Ruchstörer und nahm mehrere Verhaftungen vor.

Die sozialistische Partei und das Dreyfus-Urtheil. Der Kongreß der sozialistischen Partei im Departement Vaucluse-du-Rhône nahm eine Tagesordnung an, in der das Urtheil in dem Prozeß Dreyfus in sehr heftigen Ausdrücken verurtheilt wird.

Die Aufnahme des Urtheils im Auslande. Einen furchtbaren Stoß hat auch das Ansehen Frankreichs durch die Vorgänge in Kennes im Auslande erlitten. Mit Recht sagt die „Abl. Ztg.“ in einem „Ein Urtheil der Feigheit“ überschriebenen Leitartikel, daß mit dem verbrecherischen Urtheil die Militärrichter zwischen Frankreich und der übrigen Welt eine Scheidewand gezogen haben, die zwar den diplomatischen Verkehr nicht hindern und den Güteraustausch nicht hemmen, die aber in allen Anschauungen von Recht und Billigkeit, Duldung und Ehrgefühl, die die zivilisirte Menschheit in das 20. Jahrhundert mit hinübernimmt, eine Schranke bilden wird, welche wieder hinwegzuräumen lange und mühevollen Arbeit kosten dürfte.

Offiziös wird dem „Hamb. Corr.“ geschrieben: „Wir es scheint, wird sich in Deutschland in der nächsten Zeit eine Agitation gegen die Beschuldigung der Pariser Weltausstellung geltend machen. Aus anderen Ländern kommen ähnliche Nachrichten; wie es heißt, soll auch in der nächsten Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung der Antrag eingebracht werden, die Stadt Berlin möge von der auf der Pariser Weltausstellung geplanten Sonderausstellung Abstand nehmen. — Man kann es verstehen, wenn derartige Klänge anstehen, aber immerhin muß man den Theilnehmern doch empfehlen, den Schritt wohl zu überlegen und sich nicht in der ersten Erregung zu Entschlüssen verleiten zu lassen, über deren Zweckmäßigkeit man zum mindesten sehr getheilte Meinung sein kann. Es ist ja bekannt, daß es gerade die Nationalisten sind, die ein Fernbleiben Deutschlands mit Fremden begründen würden und die einen etwaigen Besuch, offiziell die Ausstellung zu meiden, wiederum dahin deuten würden, daß Deutschland direkt an Dreyfus und seinem Schicksal interessiert sei.“

Für einzelne Branchen kommt diese Aufforderung der Regierung: trotz des Kenneser Urtheils an der Weltausstellung theilzunehmen, bereits zu spät. Wie die „Frei. Zeitung“ meldet, nahmen die namhaftesten deutschen Firmen der Lederbranche ihre Anmeldung zur Weltausstellung zurück, so daß der Reichskommissar beschloß, von einer Theilnahme dieser Branche gänzlich abzusehen.

In Darmstadt haben in der Nacht zum Montag Studenten am sogenannten weißen Thurm eine lebensgroße Puppe, die auf der Brust ein Plakat mit der Aufschrift General Mercier trug, aufgehängt. Am Vormittag wurde die Puppe durch die Polizei mit Hilfe der Feuerwehr entfernt.

Die Londoner „Times“ sagt in einer Besprechung des Urtheils, dies sei die größte und entscheidlichste Gerechtigkeitsschändung der Neuzeit, die ganze zivilisirte Welt sei vor Schrecken und Scham erzittert. Ehre und Wahrheit seien in offenkundiger Weise, mit voller Ueberlegung und ohne Erbarmen mit Füßen getreten worden. Frankreich habe sich jetzt vor der Geschichte zu verantworten.

In Chicago entließ ein Fabrikant sämtliche angestellte französischer Nationalität in seiner Fabrik. Was können denn die Armen für das verbrecherische Urtheil des Militärgewalt? — In Indianapolis wurde die französische Flagge öffentlich verbrannt.

Serbien.

Der Hochverrathspruch in Belgrad. Am Freitag wurde fast die ganze Sitzung mit Verlesung der umfangreichen Anlagenschrift ausgefüllt. Vom diplomatischen Corps waren nur der russische Geschäftsträger, der griechische und der rumänische Gesandte erschienen, dafür aber sämtliche Dragomane der Gesandtschaften, für welche besondere Sitze und Tische bereit waren. Am Nachmittag begann alsdann das Verhör des Hauptangeklagten. Knezewitsch erklärte mit leiser Stimme, er sei aus Bosnien gebürtig und unverheirathet. Er nahm seine in der Untersuchung abgegebene Aussagen zurück und behauptete, daß ihn Niemand gedungen habe. Er behauptete, den Oberst Blajko Mikolitsch nur aus Haß, weil er ihn früher einmal schlecht behandelt, und auch die anderen Personen nur aus Abneigung unrichtig beschuldigt zu haben. Er sei nach Rumänien nur gereist, um einen Dienst zu suchen. Er weilte in Bukarest im Monat Juni nur drei Tage. Der Präsident fragte, wer die Reise bezahlte. Knezewitsch sagte, daß er über 200 Dinar erspartes Geld hatte. Seine frühere Aussage sei auch durch die Polizei erzwingen worden. Er fand keine Stelle in Rumänien und kehrte nach Belgrad zurück, um hier einen Dienst zu suchen, und lange vergeblich auch bei der Mo-

nopolverwaltung. Darüber verzweifelt, wollte er zuerst den Monopolchef erorden, sodann sich selbst. Die Absicht, den König Milan zu ermorden, entstand, weil er ihn um Hilfe anzufragen wollte. Aber man sagte ihm im Gasthause Masban, daß König Milan die Bosniaken hasse, er werde ihn einsperren lassen. Darauf beschloß er, zuerst König Milan zu tödten und dann sich. — Die Aussage des Attentäters Knezewitsch, er habe das Attentat aus Rache begangen, und er sei weder gedungen worden, noch kenne er die radikalen Führer, hat in der Bevölkerung große Aufregung hervorgerufen, die noch durch Gerüchte verstärkt wird, daß der Brief Angelitsch' an seine Frau von fremder Hand geschrieben, mithin Angelitsch im Gefängniß erbrockelt sein dürfte.

Ueber sein Verhältniß zu Frau Angelia Zvonovitsch, die Gattin eines Kapitäns, befragt, sagt Knezewitsch, daß er mit ihr gut bekannt sei, weiter nichts, und daß sie für ihn Briefe schrieb, weil er selbst schlecht schreibe. Sodann wurde wieder Knezewitsch' frühere Aussage verlesen, worauf er auch den Gemeindefretär Pero Kovatschewitsch und den Liqueurfabrikanten Dimitsch als Anstifter bezeichnet. Weiter sagte Knezewitsch früher aus, daß man ihm in Bukarest einen Mann als Paul Georgiewitsch vorstellte, der ihn zum Attentat anspornte, und man versprach ihm dafür 2 Millionen Francs. Die Ableugnung der früheren Aussage hielt Knezewitsch aufrecht, obwohl ihn der Präsident auf verschiedene Widersprüche aufmerksam machte, die seine früheren Angaben über Personen und Verhältnisse und Zusammenkünfte nicht decken.

Am Sonnabend wurden in der Vormittags-Sitzung zahlreiche Zeugen vernommen. Oberst Mikolitsch wurde aufgefordert, sich über den ihn betreffenden Theil der Anklage zu äußern. Er erwiderte, die ganze Angelegenheit sei ihm unbekannt, er könne das beidien, er habe zu der radikalen Partei in keinen Beziehungen gestanden. Der Brautweinschänker Dimitsch behauptete, nichts von der Angelegenheit zu wissen, er habe niemals Knezewitsch gesehen und sei völlig unschuldig. Knezewitsch versicherte, Dimitsch habe das ganze Gespräch in seinem Lokale, in dem Knezewitsch, Mikolitsch und Kovatschewitsch über die Ermordung Milans berathen, gehört. Hierauf wird die Aussage Knezewitsch' vom 9. Juli verlesen, welche besagt, daß Knezewitsch, Mikolitsch und ein Unbekannter, angeblich Peter Karageorgewitsch, sich in Gegenwart des Dimitsch über das Attentat auf Milan verabredeten. Auf Befragen beitätigte Knezewitsch die Wichtigkeit dieser Aussage. Die Nachmittags-Sitzung am Sonnabend und die Vormittags-Sitzung am Sonntag waren vollständig dem Verhöre Pasitsch' gewidmet. Pasitsch erklärte, die gegen ihn persönlich erhobenen Anklagen betrafen die radikale Partei, die in dessen die Opposition stets in legitimen Grenzen betrieben habe. Pasitsch betonte seinen dynastischen Geist und erklärte, er habe stets anerkannt, daß aller Fortschritt, ja der Bestand Serbiens von der Stabilität der Dynastie abhängt; alle Errungenschaften Serbiens seien dem Hause Obrenowitsch und dessen Einvernehmen mit dem Volke zu danken. Pasitsch leugnete entschieden, aufrührerische Beziehungen mit Mikolitsch gehabt zu haben. Er schwöre bei seinen Kindern, weder verbotene Zeitungen oder Broschüren gesehen noch gelesen zu haben, auch habe er niemals aufrührerische antidynastische Aeußerungen gethan.

Lübeck und Nachbargebiete.

Dienstag, den 12. September

Achtung, Metallarbeiter! Wegen ausgebrochener Differenzen ist der Zugang von Klempern nach der Fabrik von W. Sparkuhl u. Co. fernzuhalten.

Die Verwaltungsstelle Lübeck des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Eine öffentliche Branereiarbeiter-Versammlung findet heute, Dienstag, Abends 8 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 60, statt. Der Verbandsvorsitzende Genosse Bamer-Hannover hat das Referat übernommen. Hoffentlich erfreut die Versammlung sich eines ebenso zahlreichen Besuches, wie die bisherigen.

„Loyale“ Sozi. Die „Lüb. Anz.“ haben die graufige Entdeckung gemacht, daß die Versammlungslokale unserer bayerischen Genossen stets auch mit blauweißen Fahnen geschmückt sind. Entsetzlicher Prinzipienverrath! Wir laden die Herren ein, beim mecklenburgischen Parteitage einmal den kurzen Weg nach der Johannisstraße zu machen; dann werden sie vom Parteitagslokale die rothweiße lübische Fahne wehen sehen.

Für die Webervorstellung des sozialdemokratischen Vereins giebt sich zwar unter den Mitgliedern des Vereins bereits ein reges Interesse kund, doch haben es noch viele Genossen bisher unterlassen, sich mit Karten zu versehen. Das Komitee fühlt sich daher veranlaßt, nochmals darauf hinzuweisen, daß Karten diesmal nur an den vier bereits angekündigten Stellen zu haben sind und von den einzelnen Distrikts- bzw. Bezirksführern nicht verschleift werden. Die Mitglieder des Vereins werden deshalb gebeten, rechtzeitig Karten zu entnehmen, um zu verhindern, daß noch am Abend der Vorstellung Karten verkauft werden müssen.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung findet am Donnerstag, den 14. September, Abends halb neun Uhr, in den „Centralhallen“ statt. Genosse Passitsch-Berlin wird über „Unternehmerterrorismus“ reden. Wir erwarten, daß die Metallarbeiter zahlreich erscheinen werden, da das Thema besonders für sie von außerordentlichem Interesse ist.

Eine Reitbahn soll aus öffentlichen Mitteln auf dem Platze der ehemaligen Thongrube an der Habensstraße er-

richtet werden. Damit wird einem Wunsche der Offiziere des hiesigen Regiments Rechnung getragen. Die Unkosten werden sich auf 21500 Mark belaufen. Von Privatleuten, die dem Reitsport huldigen, erhofft man eine Fahrseinnahme von — — — 250 Mark. Da ist doch die Fahrradsteuer einträglich.

Das „Gesetz- und Verordnungsblatt“, welches am 1. Oktober erscheinen wird, soll von der Senatskanzlei bedient werden.

Die Gewerbegerichtsneuwahlen finden in diesem Herbst statt. Mit der Aufstellung der Wählerlisten dürfte bereits begonnen sein.

Stechkrankheit verfolgt wird der Buchbindergehilfe Carl Krüger aus Posen wegen Unterschlagung und Urkundenfälschung. R. ist der hiesigen Arbeiterschaft nicht unbekannt.

pb. Ein Kohlenbrand, welcher leicht gelblich wurde, entstand am Sonntag Mittag auf dem Platz von Bernhöft und Wilde.

pb. In Haft geriet ein Bettler und drei Trunkenene.

pb. Gestohlen wurden einem Arbeiter aus seiner Wohnung eine silberne Remontoiruhr mit dem eingravirten Namen „Vod“, einem Schmiede, angeblich von seinem Nebengefellen, eine lederne Schürze.

Die Herstellung der Radfahrwege soll jetzt „beschleunigt“ werden, indem auch die übrigen Vorstädte dieses Segens theilhaftig werden sollen. Dieses „beschleunigt“ ist kostbar!

Strassenperre. Wegen vorzunehmender Pflasterungsarbeiten ist die Strassenstraße der Kleinen Altfähre von der Untertrabe bis zur Großen Altfähre bis auf Weiteres gesperrt worden.

Die öffentlichen Badeanstalten werden an den Werktagen fortan bis zum Dunkelwerden geöffnet sein.

Entwickeln von der Außenarbeit in Echorst ist am Freitag der vierzig Jahre alte Korrigende K. A. Adamsowski aus Danzig.

Schwartau. Aus dem Gemeinderathe. Eine erregte Scene spielte sich in der Sitzung vom 2. September d. J. ab. Es wurde über einen Steuerzuschlag in Höhe von 50 pCt. — eine Folge der projektirten öffentlichen Bauten und Anlagen — debattirt. Als das Gemeinderathsmittglied, Arbeiter Muß, erklärte, daß die Arbeiter eine solche Erhöhung unmöglich tragen könnten, entgegnete ihm Herr Zimmermeister Menschel, daß der Arbeiter ihm gegenüber über noch lange nicht genug zahle, denn er müsse für seinen ganzen Verdienst steuern, während die Arbeiter nur für einen Bruchtheil steuerten. (??) Ansonst kämen die Arbeiter von Lübeck, Wilhelmshöhe und Menschel nicht zugezogen. Die Steuern seien hier eben so niedrig. Als Muß ihm daraufhin nachwies, daß hier die Steuern für einen Arbeiter viermal so hoch seien, als in Lübeck, und daß die Arbeiter von Lübeck nur deswegen hierher zögen, weil in Lübeck keine Arbeiterwohnungen mehr zu haben seien, sprach Herr Menschel ihm einfach das Verständniß für die Sache ab und meinte im Verlaufe der Auseinandersetzung voller Erregung, Muß habe in seinem Leben noch nicht viel gearbeitet, denn sonst wäre er nicht so dick. Ihm ward darauf die einzig passende Antwort, er möge sich gefälligst an die eigene Nase fassen und solche ungehörliche Nebenarten nicht im Gemeinderathe machen. Weiter konnte der in so unerhörter Weise von einem angeblich „gebildeten“ Herrn Angegriffene mit Recht darauf verweisen, daß er noch nie von der Gemeinde Unterstützung verlangt oder erhalten habe, daß es ihm gelungen sei, als schlichtem Arbeiter, sich und seine Familie redlich

zu ernähren und in geordneten Verhältnissen zu leben. Das sei doch wohl kein Beweis für wenig Arbeit. Herr Menschel verfiel sich weiter noch zu der den Menschen charakterisirenden Aeußerung, dem Arbeiter sei es ganz egal, ob er etwas gethan hätte oder nicht, wenn er nur Sonnabends sein Geld bekomme. — Wir überlassen es der Bevölkerung von Schwartau, zu beurtheilen, was Meistes Kind Herr Menschel ist und ob ein Mann, dessen Umgangsformen von so ungewöhnlicher Bornehmtheit und Verschiffenheit zeugen, die geeignete Person ist, die Interessen der Gemeinde wahrzunehmen. Wir nehmen an, daß Herr Muß durch das Bewußtsein, seine Schuldigkeit gethan zu haben, über die ihm widerfahrene Ehrverletzung hinweggetröstet, und daß er auch in Zukunft unbeirrt seinen Weg gehen wird. Die Arbeiter von Schwartau aber mögen aus diesem Vorgange lernen, bei den Gemeinderathswahlen zu überlegen, wem sie ihre Stimme geben. Herr Menschel ist auch von einer ganzen Anzahl von Arbeitern gewählt worden. Jetzt statet er als liebenswürdiger Mann seinen Dank ab.

Briefkasten.
Anfragen, bei welchen Name und Adresse des Fragenden fehlen, werden nicht beantwortet.

Weber-Comitee. Mittwoch Abend Sitzung im Vereins-Hause.

Tivoli-Theater. Kurz vor Thoreschluß, in der theaterlosen, der schrecklichen Zeit, stübelt das Tivoli-Theater noch eine sehr interessante Vorstellung an, auf die wir besonders hinweisen möchten, da sie als Abschieds-Benefiz für Willy Page n stattfindet, dessen künstlerische Verdienste zu wärdigen wir schon oft Gelegenheit hatten: Die „Schauspieler des Kaisers“ und „Frauenkampf“. Der interessante Theaterabend findet bereits heute, Dienstag, statt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber gar keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Statistiken sich auf unser Blatt zu berufen.

Frau Stricker zu ihrem 45 jährigen Geburtstag die herzlichste Gratulation.
Ungeannt und doch bekannt.

Ein Logis zu verm. event. ein leerer ger. heizb. Zimmer
Warendorffstraße 3, 1. Et., bei der Klappenstraße.

Ein freundl. Logis zu vermieten
Gr. Gröpelgrube 13, 3. Et.

Für ein freundliches Zimmer
1 oder 2 junge Leute gesucht
Weicherstraße 18.

Ein möblirtes Parterre-Zimmer
zu vermieten
Gr. Gröpelgrube 49.

Suche nach Frauen
z. Kartoffelsammeln
Fraelssdorf. L. Oldenburg.

Gesucht zum 1. Oct. ein Lausbursche
außer der Schulzeit
Weicherstraße 13.

Ein noch guterhaltener Kinderwagen
billig zu verkaufen
Lützowstraße 1a.

Eine guterhaltene Ladeneinrichtung
für Krämerie ist billig zu verkaufen.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Verloren am Sonntagabend Nachmittags e. graue Kinderjacke in der Dornestraße.
Der Finder wird gebeten, dieselbe abzugeben
Brüderstraße 11.

Grummeßer Doppel-Kümmel
Lübecker Korn
sowie sämmtl. Weine u. Spirituosen
in Originalflaschen bester Qualität empfiehlt

Reinh. Büsen
Arminstraße 1a.

Neuen Tafel-Honig
per Pfund 50 Pfg.
bei Abnahme mehrerer Pfunde billiger empfiehlt

Reinh. Büsen
Arminstraße 1a.

Feinste Margarine
aus der Fabrik von Jurgens & Prinzen
per Pf. 60 Pfg., per 2 Pf. 1.15 Mk.
empfehl

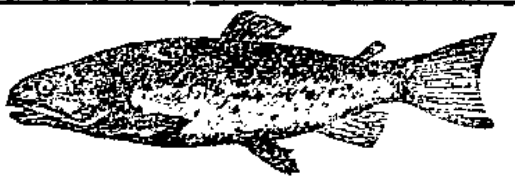
Reinh. Büsen
Arminstraße 1a.

Im Verlage der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden ist soeben erschienen:
Stenogramm
der Verhandlungen im Prozeß Dreyfus
vor dem Kriegsgericht in Rennes.
8 Lieferungen à 20 Pfg. • 64 Seiten stark.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50,
und deren Colporteurs.

Allgemeine Ausstellung Lübeck
in sämtlichen Räumen des Wilhelm-Theaters.
Anmeldungen werden bis auf Weiteres entgegengenommen.
Der geschäftsführende Ausschuss.
W. Benthien. F. A. Bernstein. Otto Gubmann. Oscar Mantau. Georg Ruman. Ernst Schmidt.

Socialdemokratischer Verein
Aufführung der „Weber“
von G. Hauptmann
Sonntagabend den 16. September im Tivoli.
Karten à Person 30 Pfg. sind zu haben: Expedition des „Volksboten“, Vereinshaus, Johannisstraße 50, C. Wittfoot, Hügelstraße 18, W. Menschel, Untertrabe 53.
Die Mitglieder des Vereins werden gebeten, sich rechtzeitig mit Karten zu versehen.
Das Comitee.

Volkslexikon
Nachschlagebuch
für sämtliche Wissenszweige
mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-
Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handels-
wissenschaften, Sozialpolitik,
nebst Generalregister.
Unter Mitwirkung von Sachverständigen heraus
gegeben von
Emanuel Warm.
Zu beziehen durch unsere Colporteurs und in
unserer Expedition.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.



Feinste Otender Steinbutt Pfd. 80, 90 Pf.
„ große Schellfische Pfd. 25 Pfg.
„ „ Rothzungen Pfd. 50 Pfg.
„ „ Schollen Pfd. 40 Pfg.
„ Fischcarbonade Pfd. 50 Pfg.
„ Ein großer Heilbutt im Ausschnitt
Pfd. 50 Pfg.
Lebende Krebse.
Alles in nur wirklich frischer Waare empfiehlt
am Mittwoch in der Markthalle Stand 46—47.
J. C. H. Boy
Neuer Magdeburger Sauerkohl
eingetroffen bei
L. F. Lenkefeld, Gr. Gröpelgrube 10/12.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX
* Geschäfts-Gründung. *
Mit dem heutigen Tage eröffne ich
Hundestraße 12
eine mit den neuesten Maschinen versehene
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt
Geschäfts-Princip:
* Solide Arbeit. Billige Preise. *
Um gütigen Zuspruch bittend, zeichne
hochachtend
Paul Drauschke
Fahrrad-Reparatur-Werkstatt.
XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Schweizer Käse
Pfund 60 und 80 Pfg.
Tilsiter Fettkäse
Pfund 40, 50 und 60 Pfg.
Alten Holsteinerkäse
Pfund 25 und 30 Pfg.
empfehl
Butter-Handlung „Zur Krone“.

Margarine
nur feinste Marken
empfehl
Butter-Handlung „Zur Krone“.

Viele gebrauchte
guterhaltene **Fahrräder** billig.
O. Störzner, Johannisstr. 33.

Öffentliche
Müller-
Versammlung
am Mittwoch den 13. September
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tagesordnung wird in der Versammlung be-
kannt gemacht.
Sämmtliche Mühlenarbeiter sind verpflichtet, in
dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Vorstand.

Tonhalle.
Täglich:
Großes Zither- und Gesangs-Concert
ausgeführt von den Thyroler Concertsängern
„Die Alpensterne.“
Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonn- und Festtags
4 Uhr. Schluß 12 Uhr.
H. Sellmann.

Concerth. Fünfhausen
Vom Sonntag den 9. bis 14. Sept.
Original-Kinematograph
Lumière 1899.
L. Herwig's
lebende Photographien
Neues Programm.
Anfang 8 Uhr.
1. Platz 1 Mk., 2. Platz 60 Pfg., 3. Platz 40 Pfg.
Im Vorverkauf in den Cigarrengeschäften
von Nagel am Markt und Müller, Posten-
straße: 1. Platz 80 Pfg., 2. Platz 50 Pfg.

Circus Variété
Wiedereröffnung
am 16. September, 7 1/2 Uhr.
Gala-
Premieren-Vorstellung.
Heimr. Kalnberg's
sensat. Eröffnungsprogramm.
Der Vorverkauf der Billets zu den
ersten 3 Fest-Vorstellungen hat begonnen.

Tivoli-Theater.
Mittwoch den 13. September.
Volksthümliche Vorstellung zu halben Preisen.
Miller und Müller.
Lustspiel in 3 Akth.
Vorher:
Nachtigall und Nichte.
Lustspiel in 1 Act.
Raffensöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.

Der engl. Trades Union-Kongress in Plymouth.

Der 32. Kongress der englischen Trades Union wurde am 4. September in Plymouth im Rathhaus, welches vom Stadtrath zur Verfügung gestellt worden ist, eröffnet. Ein auffallender Punkt dieses Kongresses ist die Abwesenheit der Delegirten der Maschinenbauergewerkschaft. Diese Gewerkschaft wurde vom parlamentarischen Komitee auf zwei Jahre von der Vertretung auf dem Kongress ausgeschlossen. Der Grund des Ausschlusses ist ein Streit zwischen einer Sektion Schmiede, die der Schiffbauergewerkschaft angehören, und der Maschinenbauergewerkschaft. Im Jahre 1892 wurde ein Lehrling in einer Schmiedewerkstatt in Tarrow eingestellt, der aber nach zweijähriger Thätigkeit wegen schlechten Geschäftsganges außer Arbeit kam.

Zu derselben Zeit gerieth die Familie durch den Tod des Vaters in Noth, und der junge Mensch wurde auf Empfehlung von einer anderen Firma angenommen, um seine Lehrzeit zu vollenden. Er wurde nun auf einige Zeit als Zuschläger angestellt, bis eine Stelle am Feuer frei wurde. Als nun einige neue Feuert in der Werkstatt eingerichtet wurden, erhielt er eine Stelle, um seine Lehrzeit zu vollenden. Dieses passte den zwei beschäftigten Gesellen nicht, sie kündigten die Arbeit und verließen die Werkstatt, weil nach ihren Regeln ein Lehrling die Lehrzeit nicht forsichen kann, wenn sie unterbrochen worden ist. Darauf nahmen zwei Schmiede, die der Maschinenbauergewerkschaft angehören, die Arbeit an, weil sie sicherlich glaubten, daß ein solches unverschuldetes „Verbrechen“ keine Ursache sei, in einen Streit zu treten. Für diese Handlung, einen jungen Menschen, der noch das Unglück hat, stumm zu sein, in seinem Fortkommen nicht hindern zu wollen, wurde die stärkste Gewerkschaft von der Vertretung ausgeschlossen.

Die Sitzung wurde von W. Davis, Vorsitzender des parlamentarischen Komitees, mit einer Begrüßungsrede eröffnet. Dann wurden die Delegirten vom Bürgermeister Mr. Proctor im Namen der Arbeiterschaft von Plymouth aufs herzlichste begrüßt. Er bedauerte, daß es keine Frauenorganisation giebt, und daß nur eine Frau als Delegirte anwesend ist.

Der Bürgermeister ist Mitglied der Maschinenbauergewerkschaft und war als Präsident des Kongresses in Aussicht genommen. Infolge des Ausschlusses wurde an seiner Stelle W. J. Vernon, Buchdrucker, als Präsident gewählt.

Anwesend sind 388 Delegirte, gegen 420 voriges Jahr in Bristol, darunter die fünf Parlamentsmitglieder Wurt, Fenwick, Picard, Steadman und Woods. Lady Dilke und Miss Tidwell wohnen dem Kongress als Gäste bei.

Die stärksten vertretenen Gewerkschaften sind: die Miners Federation mit 225 000, die Weber mit 74 000, Tischler und Zimmerleute mit 57 000, die Eisenbahnangestellten mit 54 000, die Kesselschmiede mit 45 000 und der allgemeine Gasarbeiterverein mit 45 000 Mitgliedern.

Eine Resolution, welche das Bedauern über den Tod Justiz und des Delegirten Hare von West-Harleston, der auf der Reise zum Kongress plötzlich vom Tode ereilt wurde, ausdrückt, wurde angenommen.

Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig, nicht weniger als 83 Resolutionen sind zu derselben eingelaufen, die verschiedene Gegenstände behandeln, von der Alterspension bis zum Schmutz der Kellner.

Nach den üblichen Formalitäten trug S. Woods den Bericht des parlamentarischen Komitees vor. Derselbe streift die gesetzliche Einführung von Eiden für die Handlungsgehilfen, welche als ein Fortschritt erwähnt zu werden verdient. In Bezug auf Alterspension ist das Komitee der Meinung, daß die großen Ausgaben durch eine Steuer

des Grundwertes und Erweiterung der Einkommensteuer gedeckt werden können. Wegen der Klagen über das Schwiksem bei Regierungsarbeiten sei eine Deputation beim Handels- und Finanzminister vorstellig geworden. Der Minister der Admiralität habe sich aber geweigert, eine Deputation zu empfangen. Dieser Akt sei durch eine Resolution des Komitees als unwürdig für einen englischen Minister ausgedrückt worden. Der Handelsminister sei auch mit dem Komitee wegen der Gründung eines Schiedsgerichts in Unterhandlung getreten, die Sache sei aber an dem Verhalten der Unternehmer gescheitert. Weiter wird angeführt, daß mit den Gesetzen des Achtstundentages, des Ladenschlusses und Trunkstems keine weiteren Fortschritte gemacht worden sind. Wünschten die Arbeiter eine Regelung dieser Sachen, so würde das beste Mittel sein, bei den Wahlen einen Erfolg zu erzielen. Bei dem jetzigen Verfahren im Parlament, sei es unmöglich, eine Bill im Interesse der Arbeiterschaft durchzuführen.

Zweiter Sitzungstag.

Als Gäste sind zwei Delegirte, T. J. Tracey und A. C. Connel, aus Amerika und Jensen aus Dänemark anwesend.

Nach Eröffnung der Sitzung hält W. Vernon seine Präsidentenrede. Er führt aus, daß die meisten Resolutionen, die dem Kongress vorliegen, sich direkt auf das Loos der Arbeiter beziehen und welche des Landes werden sollten. Er habe oft Sympathie für das parlamentarische Komitee empfunden, weil solche Bills, welche von ihm entworfen und im Parlament eingeführt wurden, dort nie günstig behandelt worden sind. Die Schuld liege an denen, die für die Resolutionen auf den Kongressen stimmen, aber nachher solche Herren in's Parlament senden, die keine Sympathie mit der Gewerkschaftsbewegung haben, folglich müsse die Arbeitervertretung mehr in Ermägung gezogen werden. Während dieses Jahres sei ein Schritt in der Richtung der Halbzeit-Arbeiter gemacht worden, aber diese kleine Errungenschaft sei nicht genügend für die Forderungen der Gerechtigkeit.

Die jährlichen Opfer an Leben und Gesundheit der Eisenbahnarbeiter seien erschreckend. Der Handelsminister Mr. Ritchie habe durch Einschüchterung die automatische Kuppelungsbill zurückgezogen, die Dividendenfrage sei von größerer Wichtigkeit als Menschenleben. Blutbedeckte Dividenden sollten von Kapitalisten vermieden werden, und er hoffe, daß es den Eisenbahnarbeitern gelingt, recht bald ein Schutzgesetz zu erhalten. In Bezug auf die Kleingastung im Topfer- und Porzellangewerbe bemerkte Medner, daß sie nach dem Gutachten der Professoren Thorpe und Oliver nicht möglich sei, eine Glasierung kann ohne Blei ebenso gut hergestellt werden, und es sei zu wünschen, daß der Gebrauch von Blei verboten werde. Es giebt noch eine Zahl andere gefährliche Gewerbe. In Rutherford, Schottland, ist eine chemische Fabrik, die einem Millionär gehört, der an allem ein großes Interesse zeigt, nur nicht an seinen Arbeitern. Diese armen Leute werden ausgebeutet und haben schlechtere Behandlung als Sklaven, ihre Körper werden von giftigen Stoffen durchlöchert, und nachdem sie gelähmt oder unbrauchbar geworden sind, werden sie auf's Pflaster geworfen. Diese Thatsachen sind dem Eigenthümer Lord Overton bekannt, der jährlich 2000 Pfund Sterling für religiöse Zwecke ausgiebt.

Das Komitee, welches vom Parlament ernannt wurde, hat den Vorschlag gemacht, daß verdienstvolle Arme im Alter von 65 Jahren eine Alterspension von 5 bis 7 Mark die Woche erhalten sollen. Aber die Schwierigkeit bestehe in der Aufbringung des Geldes. Es sei keine Schwierigkeit, Gelder aufzubringen, wenn die Geistlichkeit, die Grundbesitzer oder ein General — zum Niedertartischen der Schwarzen — Unterstützung verlangen. Er sei der Meinung, daß jeder Arbeiter, der im Dienste der Allgemeinheit untauglich wird, eine ausreichende Pension erhalten soll. (Bravo.)

Die Verhältnisse der Arbeiter sind noch einem großen Wechsel unterworfen. Der rasche Fortschritt der Trusts und

Arbeitgebervereinigungen, die Einführung der Maschinen zur Arbeitersparnis bedrohen die Existenz der Arbeiter. Er wisse wohl, daß die alten Trade Unionisten der Meinung sind, daß ihre Gewerkschaften mit den industriellen Uebeln fertig werden können, aber die ökonomische Entwicklung habe diese Täuschung bloßgestellt. Im Allgemeinen besteht der Glaube, daß England am Vorabend einer sozialen Ueberschwemmung steht, die auf die Fortschritte der neuen Gedankenschule der letzten Jahre zurückzuführen ist. Die Anhäufung des Kapitals vermehre die Produktionsmittel und erhöhe die Unterproduktion, aber es mache die Arbeiter zu Sklaven, und wenn auch die Gewerkschaften viel dazu beigetragen haben, die Würde der Arbeiter zu erleichtern, so sind sie doch nicht im Stande, dieselben zu emanzipiren. (Beifall.) Die Arbeiter sollten im Besitz des Landes und der Produktionsmittel sein. Sie sollten nicht länger ein System aufpopstern, welches erlaubt, daß der Reichthum ein Privilegium der Faulenzer ist, während Noth und Armut die Belohnung der Arbeit ist. Der industrielle Krieg könnte sehr leicht beendet sein, wenn die Arbeiter den vorurtheilsvollen Unterschied gegen einander beseitigten und mehr für eine heilige Sache kämpften. (Beifall.)

Nach einer kurzen Debatte, welche von allgemeiner Natur ist, wird der Bericht des parlamentarischen Komitees angenommen.

Bei der Diskussion über den Anschluß der Maschinenbauergewerkschaft entspinnt sich ein heftiger Streit. Peter Curran und Ben Tillet verlangen in einer Resolution die Aufhebung der Geschäftsordnung und die Zulassung der ausgeschlossenen Delegirten. Der Präsident erklärt, daß die bestehende Geschäftsordnung nicht über den Haufen geworfen werden kann. Er bedauere selbst, daß die Geschäftsordnung so schart sei, aber das Komitee sei nicht verantwortlich dafür. Sam Woods bedauert die Affaire, aber das Komitee habe im Rahmen der Geschäftsordnung gehandelt. Dann wird ein Antrag auf Erhebung zur Tagesordnung mit 600 000 gegen 280 000 Stimmen angenommen.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Holzbildhauer sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie stellen folgende Forderungen: 1. Einführung der fünfzigstündigen Arbeitszeit pro Woche, 2. Verringerung der Affordarbeit in den Werkstätten, wo diese noch besteht, und allgemeine Einführung der Lohnarbeit bei 24 Mark Minimallohn; 3. für höher bezahlte Bildhauer 10 pCt. Lohnzuschlag gegenüber der bisherigen Bezahlung; 4. 50 pCt. Zuschlag für Überstunden. Den Arbeitgeberern ist bis Dienstag Zeit gegeben, zu diesen Forderungen Stellung zu nehmen. — Außer den Klempnern und Installateuren sind nunmehr auch die Zimmerleute in Köln in eine Ausstandsbewegung eingetreten. Eine Verammlung beschloß, auf allen Werkstätten, wo nicht ein Stundenlohn von 50 Pfennig bewilligt werde, die Arbeit sofort niederzulegen. — Sämmtliche Arbeiter der Delfabriken zu Mergem (Belgien) streiken. Da die Arbeiter der großen französischen Mühlen- und Margarinefabriken ebenfalls vor einem Ausstande stehen, dürften vor Ende der Woche etwa 1500 Arbeiter streiken. — In den Händholzfabriken von Grammont (Belgien) ist ein Streit ausgebrochen; 1600 Arbeiter sind ausständig.

Der erste paritätische Facharbeitsnachweis in Berlin ist in Thätigkeit getreten. Er betrifft das Malergewerbe.

Kein Gewerbegericht — also entschied der dortige Magistrat. — Die Gemeindevertreter von Altwasser (Kreis Waldenburg) in Schlesien lehnten ein Gesuch der Arbeiter, ein Gewerbegericht einzurichten, mit derselben Begründung ab. — Ja, wir sind klug und weise . . .

mehr verstärkt hatte, fachte das Feuer zur riesigen Flamme an, und da es an Wasser fehlte, war nur wenig zu retten. Der junge Graf hatte seine Leute stets auf die bedrohlichsten Stellen dirigirt und so waren diese denn nicht wenig ermüdet.

Anton, Graf Joachim's Leibdiener, lauichte im Vorbeigehen an der Thüre seines Herrn. Auch ihm fielen die Augenlider beinahe zu. Da er keinen Laut vernahm, begab er sich in seine Stube.

Einige Stunden später — es ging bereits in den Vormittag hinein — pochte der Diener an die Thüre seines Herrn, bekam jedoch keine Antwort. Für gewöhnlich zog Graf Joachim den an seinem Bette angebrachten Klingelzug, worauf Anton erschien. Früher als dieses Glockenzeichen ertönte, hatte dieser in dem Schlafgemach seines Herrn nichts zu suchen.

Da jedoch heute noch kein Zeichen ertönt war, pochte Anton entschlossen an. Er wartete eine Weile und pochte noch einmal. Abermals keine Antwort.

Nun öffnete er und trat in's Vorzimmer und von dort in's Schlafgemach.

Erstaunt blieb er an der Schwelle stehen. Graf Joachim war gar nicht zu Bette gegangen. Er lag mit dem Kopfe auf der Platte des Schreibtisches. Seltsam kontrastirte das brennende Lampenlicht mit dem hereindringenden Tag.

Graf Joachim war am Tische eingeschlafen — wie sonderbar!

„Herr Graf,“ ließ sich Anton vernehmen.

Nichts regte sich.

„Herr Graf —!“ rief der Diener lauter und dann stieß er plötzlich einen entsetzlichen Schrei aus, zitternd am ganzen Leibe. Neben dem Stuhle, auf welchem der Graf saß, am Boden befanden sich einige dunkle Flecken — das war Blut!

Späte Vergeltung.

Erzählung von G. Schähler.

(1. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Wie?“ meinte der Frager verblüfft.

„Kunstreiter!“ wiederholte der Verbunmelte. „Ich nenne mich Monsieur François, bin Mitglied eines reisenden Zirkus unterster Sorte. Mit unsern milden Karrenmäulen reite ich Abends die hohe Schule, und mein Direktor macht Reklame mit dem zerfetzten Ordensbande. Schließlich muß ich eben froh sein, für mich und meine Familie Brod zu erhalten!“

„Abscheulich!“ rief ihm der Graf zu. „Ich begreife nicht, wie Sie es wagen können, unter derartigen Verhältnissen hierherzukommen?“

„Ich bin wie ein geheftetes Wild, ich muß mir Aenderung schaffen,“ rief der Pole. „Dies ist auch der Zweck, weshalb ich heimlich zu Ihnen kam, Herr Graf. Sie allein wissen um das Geheimniß. Vermitteln Sie für uns bei dem Baron Randan.“

Graf Joachim's Antlitz färbte sich bläulich roth vor Ent-rüstung.

„Lassen Sie mich damit doch ungeschoren!“ schrie er.

„Ich kann nicht anders, als Sie verachten mit ihrem russi-schen, in den Schmutz einer Kunstreiterbande gezerrten Orden, mit ihrer, trotz aller Erbärmlichkeit, aufrecht getragenen Stirne!“

Mit einem wüthenden Ausrufe hatte ihn Korinsky unterbrochen. Er sprang auf, hob drohend, seiner selbst nicht mehr mächtig, die geballten Fäuste.

„Mir dies, Graf Joachim, nachdem Sie wissen, warum ich so tief sank? O, ich wollte —“

Die Thüre ging hinter ihm auf. Eine von den beiden alten Dienerinnen trat in das Zimmer, in den Händen eine Platte mit Rechtskränzen haltend.

Korinsky stützte sich schwer mit der Hand auf einen Sessel.

Erschrocken und verwundert starrte die Dienerin den verdächtigen Gast von der Seite an, um sich dann sofort wieder zurückzuziehen.

Unten im Parterre angekommen, erzählte sie mit erregter Stimme der anderen Frau ihr Erlebnis, wie Graf Joachim einen Besuch bei sich habe, den man gar nicht in das Schloß kommen sah, und wie verdächtig dieser Mensch aussehe. Das Gespräch der beiden Alten drehte sich von da nur um den sonderbaren Besuch und das überhandnehmende Feuer.

Eine Viertelstunde mochte verlossen sein, dann vernahm man ein Geräusch von der Haupttreppe her.

Diejenige Dienerin, welche dem Grafen vorhin servirte, schlich sich eilig hinaus und verbarg sich hinter einem Mauervorsprunge. Oben vernahm man noch einige heftige Worte des Grafen. Dann ward es plötzlich still. Eine Thür flog auf und wieder zu. Jetzt eilte, kürzte Jemand die Treppe herab.

Die Dienerin streckte den Kopf vor. Es war der nächtliche Besuch, welcher fluchtartig und offenbar in höchster Erregtheit das Schloß verließ.

Oben war es todtensstill geworden. Die Flammen an den Wänden flackerten unstät, von dem Luftzuge getroffen, der durch die Halle fuhr.

Die Feuer-signale hatten aufgehört; aber glühendroth war der ganze Himmel.

2.

Der junge Graf kehrte erst gegen Morgen mit der Dienerschaft von der Brandstelle zurück und warf sich ermüdet auf sein Lager. Auch die Dienerschaft that ein Gleiches, denn ihre Arbeit im Verlaufe der Nacht war nicht gering gewesen. Schloß Steinege brannte beinahe gänzlich nieder. Der Nachtwind, welcher sich immer mehr und

Die edlen Meister vom Vastrog. In der Mün-berger Polizeienatsitzung vom 6. September wurde bekannt gegeben, daß in verfloffenen halbjahr bei 629 dortigen Wäckermeistern 2268 Wistationen vorgenommen wurden. Beanstandungen erfolgten: 17 Mal wegen ansteckender Krankheiten, 14 Mal wegen Schmutzerei, 35 Mal wegen Mindergewicht, 24 Mal wegen zu langer Arbeitszeit, 9 wegen der Mehlkammer u. s. w. — Ein würdiges Seitenstück zu dem Geschrei dieser Herren gegen die amtliche Beaufsichtigung und gesetzlichen Maßnahmen im Bäcker-gewerbe. Sind doch die bekannten Schweinereien überall Trümmer!

Ein Bergarbeiterstreik ist im Plauen'schen Grunde ausgebrochen. Beteiligt sind die Bergarbeiter der Burgker Steinkohlenwerke und die der Königlich sächsischen Steinkohlenwerke, zusammen etwa 2500 Mann. Bisher von dem Streik unberührt ist der Steinkohlenbauverein in Hänichen. Ueber die Ursachen des in einer von 1300 Personen besuchten Versammlung beschlossenen Streiks giebt der Telegraph keine nähere Mitteilung; anzunehmen aber ist, daß er infolge der kürzlich von der Direktion vorgenommenen rigorosen Maßregel entstanden ist. Wie wir bereits mitgeteilt, hatte die Direktion der Burgker Werke eine Anzahl Förderleute mit je 4 Mark bestraft, weil sie „ohne Urlaub“ von der Arbeit weggeblieben seien. Von dieser Maßnahme sind 130 Mann betroffen worden; ein anderer Arbeiter wurde mit 20 Mark bestraft, weil er in einer Eingabe an die Direktion angeblich eine falsche Angabe gemacht haben soll; ein anderer, der im Auftrag seiner Kameraden der Direktion Beschwerden überbracht hatte, wurde entlassen. Durch diese Vorgänge war die Erbitterung der Arbeiter erklärlicher-weise auf's höchste gestiegen und kann sehr wohl die Ursache zu dem Streik gewesen sein.

In einer Parteiversammlung in Halberstadt sprach Dr. Cron über Bernstein. Er sagte: „Nicht durch Majoritätsbeschlüsse, sondern nur durch wissenschaftliche Forschung, durch das Für und Wider bildet sich die Erkenntnis weiter; lassen wir also ruhig die Theoretiker allmählig das herausfinden, was richtig ist. Die Partei der Sozialdemokratie bleibt bei alledem was sie ist und was sie war. An bestimmte Leitsätze von Marx und Engels ist sie nicht gebunden, wenn neue Erscheinungen auftauchen, die denselben widersprechen. Wir würden zu einer dogmatischen Partei herabsinken, dürften wir unter allen Umständen nicht davon abgehen, was unsere großen Männer gesagt haben. Wir sehen es an Lassalle, dessen Andenken hochgehalten wird, trotzdem einzelne seiner Theorien heute für uns nicht mehr gelten. Das zeigt gerade die Kraft und die Gewalt der Sozialdemokratie, daß ihr Bestand gar nicht von einzelnen Theorien abhängt. Was aber als ihr Ziel unverrückbar bestehen bleibt, ist auf sozialem Gebiete die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit und auf politischem Gebiet das Streben nach politischer Macht, die Freiheit freier Demokratie. Die Wege, die zu diesem Ziele führen, können abgeändert werden, die Sozialdemokratie bleibt bestehen.“

Redaktorenfreuden. Genosse Garbe, Redakteur des Aaffeler Volksblattes, wurde am Mittwoch nach Verurteilung einer vierwöchigen Strafe aus dem Gefängnis entlassen. Er wurde im Gefängnis mit dem Montieren von Korsetztaugen beschäftigt. Nicht einmal eine Zeitung durfte er lesen und selbst einen Besuch seiner Frau durfte er nicht empfangen. So behandelt man noch immer politische Gefangene in deutschen Strafanstalten.

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. In die Berliner Tollwuth-Schutzstation ist der Gefreite Liebke von der fünften Schwadron des fünften Husarenregiments aufgenommen worden. Liebke befand sich bei seinem Truppentheil im Manövergelände bei Hofenberg in Westpreußen. Hier erkrankte sein Pferd unter allen äußeren Zeichen der Tollwuth und biß ihm vom Zeigefinger der rechten Hand das erste Glied vollständig ab und den Mittelfinger fast ganz durch. Der Gefreite wurde zunächst in das Garnison-Lazareth Berlin I gebracht und bezug auf Anrathen der Aerzte von da in die Schutzstation. Von dem Pferde, das sofort erschossen wurde, sandte man den Kopf an die Schutzstation ein. Hier ergab eine Untersuchung des Gehirns, daß das Thier in der That

Der Diener stürzte davon, den jungen Herrn Grafen zu wecken. Die Lampe zischte noch einige Male empor und erlosch dann. „Herr Graf! Kommen Sie um Gotteswillen!“ Damit stürzte Anton in das Schlaggemach des jungen Herrn. „Was zum Henker giebt es denn?“ rief der Schlaftrunkene. „Ein größliches Unglück ist geschehen. — Der Herr Graf —“ „Meinem Vater?“ „Im Nu war der junge Mann in seinen Kleidern und mit dem Diener nach dem Schlafzimmer seines Vaters. Sie betraten dasselbe. Bei dem Anblick der Blutspuren überzog Liebenblasse das Antlitz des jungen Mannes. Graf Joachim regte sich nicht. Sein Sohn rüttelte ihn an der Schulter. Etwas Hartes polterte auf den Boden mit leichtem Klagen. Es war ein blutbeflecktes Stillet. Die Fächer des Schreibtisches waren erbrochen, Briefe lagen wirt durcheinander. Auch ein Geheimschloß war auseinandergeprengt. Dort verwahrte der Graf, wie sein Sohn genau wußte, außer einem Testamente stets eine Summe Geldes in Gold. Testament und Geld waren verschwunden, wie der junge Mann nach dem ersten Blicke in das ihm leer entgegengesetzte Fach bemerkte. Graf Joachim gab keinen Laut von sich. Der Körper fiel schlaff in die Stuhllehne, nachdem ihn der junge Mann die Höhe gerichtet hatte. „Er mordet — todt!“ stöhnte er mit fahlen Lippen. Keine Hilfe war mehr zu erhoffen, die Glieder zeigten Todestritte. Verwirrt, unfähig einen festen Gedanken zu fassen, starrte der junge Graf auf das Entsetzliche. „Wer — wer konnte

wuthtkrank gewesen ist. Es ist dies der zweite Fall beim fünften Husarenregiment. Vor einiger Zeit mußte ein Rossarzt dieses Truppentheils die Hilfe der Station in Anspruch nehmen, weil er mit einem Finger, der eine kleine Wunde hatte, beim Eingeben von Arznei mit dem Speichel eines tollwuthverdächtigen Pferdes in Berührung gekommen war. — Bei Lutterbeck (Provinz Hannover) wurde ein auf dem Felde arbeitender Knecht vom Blitzstrahl getödtet. — Im Landgerichtsgebäude zu Freiberg (Sachsen) hat sich der 25jährige Restaurateur P., der wegen Sittlichkeitsverbrechen und Verleumdung zu fünfjähriger Jahren Gefängnis verurtheilt worden war, nach Verleumdung des Urtheilspruchs durch einen Revolvererschuss in die rechte Schläfe getödtet. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder. — Von fünf Knaben entbunden wurde am letzten Dienstag in der siebenbürgischen Gemeinde Besch die Wäuerin Saveta Dominestru. Die Fünftlinge wurden von dem Dorfpopen gekauft, dem seltenen kirchlichen Akt wohnte eine große Menschenmenge bei. Zwei dieser Knaben sind bereits gestorben, die übrigen und die Mutter befinden sich wohl. — Aus Novibazar wird gemeldet: Der Direktor der Tabakfabrik in Plewlebova, welcher scharfe Maßregeln gegen den Tabaksmuggel angeordnet hatte, wurde auf einer Inspektionsreise von Schmugglern ermordet. — Wie dem „V. U.“ aus St. Petersburg geschrieben wird, steht dort gegenwärtig die alljährlich wiederkehrende Brandfajon auf ihrem Höhepunkt. Es vergeht keine Stunde, ohne daß mehrere Brände zu gleicher Zeit gemeldet werden. Das Rettungswerk ist in vollem Gange, was jedoch nicht verhindert, daß eine beträchtliche Zahl von Erwachsenen, Kindern und Hausthieren ein Raub der Flammen wird. In Moskau herrscht dieselbe Kalamität, nur erweisen sich dort die dressirten Hunde als sehr nützlich für das Rettungswerk der Feuerwehr. — In Gaborowo im Kreise Gostyn sind fünfzehn Personen nach dem Genuss verdorbenen Kalbfleisches schwer erkrankt.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Zu anderthalb Jahren Gefängnis wurde der Arbeiter Ferdinand Behrend vom Landgericht in Stendal verurtheilt. Die Anklage lautete auf Majestätsbeleidigung in mehreren Fällen und auf Gotteslästerung. Der Verurtheilte wurde sofort in Haft genommen. — Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte die Essener Strafkammer am 6. September gegen den Maurer Wilhelm Bunsje aus Gelsenkirchen. Der Angeklagte soll sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht haben. Auf drei Monate Gefängnis lautete das Urtheil. — Gegen den Geschäftsführer Taster des Gewerkschaftsbureaus in Weutchen war ein Verfahren wegen angeblicher Majestätsbeleidigung anhängig gemacht worden. Taster ist bereits wegen Majestätsbeleidigung verurtheilt. Die Demunziation stellte sich als Lüge heraus und das Verfahren mußte eingestellt werden.

Zwei neue Bestfälle sind am Donnerstag in Oporto vorgekommen. Durch die Schließung der Fabriken in Oporto sind zwanzigtausend Arbeiter beschäftigungslos geworden. Die Regierung sorgt für ihren Unterhalt. Aus Valencia, im Norden Portugals, schreibt man, daß spanische Soldaten, die das Minho-Ufer bewachen, auf portugiesische Matrosen in einem Boote des Kriegsschiffes „Rio Minho“ gegen 50 Schiffe abgaben, weil sie glaubten, die Matrosen hielten auf das spanische Ufer zu. Es war nur das Steuer zerbrochen, und die portugiesischen Matrosen kamen glücklich, ohne von spanischen Kugeln getroffen zu sein, wieder an das diesseitige Ufer, aber Flagge und Segel sollen vielfach durchbohrt worden sein.

Auch ein Goethe-Jubiläum. Vor zehn Jahren ging eine Notiz durch die gesammte deutsche Presse unter der Stichmarke: „Ueber Goethe darf in Weimar nicht gesprochen werden. Damals war von den organisirten Arbeitern der Schriftsteller Genosse Manfred Wittich gewonnen worden zu einem Vortrage über Goethes Leben und Wirken, und damals war es der Oberbürgermeister Pabst, welcher das Verbot dieses Vortrages begründete mit dem Hinweis auf die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Unser fürsorglicher Gemeindevorstand wollte verhindern, daß der Agitator Wittich die treuen weimariischen Schäfchen mit Goetheschem Geiste infiziere; doch nur aus der Furcht, daß Goethesche Wahrheit nicht unempfindlich mache für sozialdemokratische Lehren. — Und heute? — Die Gewerkschaftskommision will für ihren Theil auch eine Goethefeier im Sinne der Arbeiter arrangiren, sie meldet einen Vortrag über „Goethe“ an und erhält darauf vom Oberbürgermeister folgendes Schriftstück:

„Das Gräßliche vollführen?“ schrieb es in ihm. Er fand hierauf keine Antwort. Der Diener erinnerte an die Verfolgung des Mörders und der Sohn fuhr aus seiner lethargie empor. „Ganz recht! Ruhe das Gericht!“ Mit zitternden Händen verschloß er das Zimmer. Nichts sollte bis zum Eintreffen der Commission geändert werden. Während sich der junge Graf in dumpfer Verzweiflung in einen Stuhl warf, flog ein reitender Bote nach dem nächsten Gericht. Zwei Stunden später traf der Staatsanwalt auf Schloß Burgau ein und ward von dem Grafen sofort an die Leiche seines Vaters geführt. Der mitgenommene Gerichtsarzt untersuchte die Wunde. Es war ein tödtlicher Dolchstoß; das Herz war getroffen. Die Lebensgeister mußten augenblicklich erloschen sein. Das Gesicht war verzerrt; es prägen sich Jörn, Entsetzen und Schrecken darauf aus. Der Tod mußte ungefähr gegen elf Uhr eingetreten sein. Man legte die Leiche auf das Lager und schritt zur Befichtigung des erbrochenen Arbeitstisches. Offenbar lag ein Raubmord vor und der Thäter hatte in Eile sein Werk vollbracht. Eine Unmenge von alten Briefen lag wirt durcheinander, als hätte der Mörder unter diesen Zeilen, welche einer früheren Zeit angehörten, irgend etwas Werthvolles gesucht. Das Geheimschloß war einfach aufgesprengt worden, vielleicht mit einem starken Dolchmesser. Es war leer. Der Arzt hob die am Boden liegende Waffe auf. Auf den ersten Blick sah er, daß damit die tödtliche Verwundung hervorgebracht wurde. Das zierliche Stillet war italienische Arbeit und hatte am Griffe einen Namen eingegrift: Franziska.

Die für Sonnabend den 9. September d. J. einberufene Versammlung, in welcher Herr Max Grünwald aus Jena einen öffentlichen Vortrag über Goethe halten soll, wird aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohles hiermit verboten.

Die Gewerkschaften bilden einen Theil der Organisation der Sozialdemokraten. Der Referent, Herr Student Max Grünwald in Jena, ist ein eifriger und zielbewußter Sozialdemokrat und Agitator, und unterliegt es keinem Zweifel, daß unter dem Titel „Goethe“ eine sozialdemokratische Rede gehalten werden soll. Gegen diese Verfügung ist Berufung an den Großherzog. Sächs. Bezirksdirektor hier zulässig. Weimar, 8. September.

Der Oberbürgermeister Pabst. Nichts vergessen und nichts gelernt — diese Worte gehen einem durch den Sinn, vergleicht man dieses Verbot mit dem zuerst angeführten. Zehn Jahre, nachdem in Weimar die Sozialdemokraten über Goethe in öffentlicher Versammlung nicht reden durften, um zu verhindern, daß die liebe Residenz nicht noch mehr sozialdemokratisch verfeinde, sitzt als Vertreter des ersten Weimariischen Wahlkreises ein sozialdemokratischer Arbeiter, der vielgeschmähte „Strumpfweber aus Apolda“ im Reichstage. Und nach weiteren zehn Jahren werden sämtliche drei Wahlkreise unseres kleinen Reichstaates durch sozialdemokratische Arbeiter im Reichstage vertreten sein.

Wie weit man uns in Amerika voraus ist, zeigt die Nachricht, daß in Chicago die historischen Leichenrappen abgeschafft und Automobill-Leichenwagen eingeführt werden. Auch in anderen großen amerikanischen Städten ist die von Chicago ausgegangene Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen. Eine Anzahl bedeutender Leichenbestattungs-Unternehmungen in den Vereinigten Staaten haben bereits Vorkehrungen zur Einführung des neuen Bestattungssystems getroffen. Die Konkurrenz erwies sich auch hier als bedeutende Triebkraft. Die Pioniere der neuen Bewegung in Amerika glauben, daß die Tage der Begräbnisse, die mit feierlicher Langsamkeit vor sich gehen, gezählt sind. Es ist nach ihrer Ansicht nicht länger möglich, sich im langsamen Schritt zum Friedhof zu begeben, sowohl wegen der großen Entfernung der Friedhöfe als auch wegen der Unterbrechung, die der Verkehr auf der Straße durch langsame Leichenzüge erleidet. In Chicago bewegen sich die Leichenprozessionen übrigens ohnehin in ziemlich raschem Tempo, so daß das neue System — für Chicago wenigstens — keine bedeutende Neuerung sein wird.

Das Streikpostenfachen war der Gegenstand einer Verhandlung vor der 5. Ferienstrafkammer des Landgerichts I zu Berlin. Der Drechsler G. hatte sich an einem April-tage vor der Fabrik aufgestellt, über welche kurz zuvor die Sperre verhängt worden war. Wie er zugab, wollte er Arbeitswillige fernhalten und außerdem kontrolliren, ob Anständige, welche Streikgelber erhielten, dennoch arbeiteten. Ein Schutzmann wies ihn fort und zeigte ihn an, als er wieder auf seinen Platz zurückkehrte. Das Schöffengericht verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Er legte Berufung ein und erhob den Einwand, daß der Schutzmann nicht berechtigt gewesen wäre, ihn fortzuweisen, durch sein Stehen auf der Straße sei weder die öffentliche Ordnung gefährdet, noch eine Verkehrshinderung zu befürchten gewesen. Der Staatsanwalt bestritt diesen Einwand. Jedermann wisse, wie leicht es zwischen Streikposten und Arbeitswilligen zu Streit käme, und wenn der Beamte in der Voraussicht dieser Möglichkeit den Angeklagten fortwies, so sei er hierzu vollaus berechtigt gewesen und der Angeklagte hätte Folge leisten müssen. Der Gerichtshof trat dieser Anschauung bei und verwarf die Berufung. — Demnach wäre das Streikpostenfachen in Berlin auch ohne Zuchthausgesetz unmöglich gemacht. Wenn man so den Arbeitern die Mittel nimmt, die zur Nützung des Koalitionsrechtes absolut nöthig sind, so ist wirklich nicht einzusehen, wozu man noch länger das Koalitionsrecht auf dem Papier stehen läßt.

Litterarisches.

Von dem im Verlag der „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ in Dresden in's Deutsche übertragenen Stenogramm der Verhandlungen im Prozeß Drechsler vor dem Kriegsgesicht in Rennes ist die 3. und 4. Lieferung — a 64 Seiten 8^o — erschienen.

Schließlich entdeckte man noch in den weichen Teppichen lehmige Fußabdrücke, welche sich mit einiger Mühe genau abmessen ließen. „Der Thäter kam also demnach direkt von der Straße,“ sagte der Staatsanwalt. Die Herren zogen sich nach dem Vorzimmer zurück, wo ein genaues Protokoll aufgenommen wurde. „Haben Sie die Güte, Herr Graf,“ sprach der Staatsanwalt, „und erzählen Sie uns, was sich nach Ihrem Wissen in gefriger Nacht begab.“ Dies war rasch geschehen, denn der junge Mann konnte nur berichten, daß er mit der gesammten Dienerschaft nach dem Brande sich begab, auf bestimmten Wunsch seines Vaters. Sodann berichtete er noch, wie er, oder vielmehr Anton, das Verbrechen entdeckte. „Gegen Sie Verdacht auf irgend einen Menschen?“ „Nein,“ erwiderte der Gefragte ohne Besinnen, „absolut keinen Verdacht. Mein Vater hatte meines Wissens nach keinen Feind.“ „Ist Ihnen diese Waffe bekannt?“ „Nein,“ mußte der Graf erklären, „ich sehe sie heute zum ersten Male.“ „Im! Auch nicht der Name Franziska, welcher darauf eingegrift ist?“ „Gänzlich unbekannt. Ich entfinne mich keines derartigen Namens, welcher in irgend welcher Beziehung zu meinem Vater stand. Auch im Schlosse führt Niemand eine derartige Bezeichnung.“ „Ich danke Ihnen, Herr Graf. Es wäre mir lieb, so gleich die beiden älteren Dienerinnen vernehmen zu können, welche sich während der Nacht allein im Parterre des Schlosses aufhielten.“ (Fortsetzung folgt.)